

Über die Umsetzung der Kinderrechtskonvention in Luxemburg

1. Teil

Robert Soisson

Bemerkungen zu einem Seminar des Familienministeriums am 20. November 2002 im SOS-Kinderdorf in Mersch.

1. Teil: Kinderpolitik, Schule

2. Teil: Justiz, Umwelt und Gesundheit, Elternhaus, Dienstleistungen für Kinder, Umgang mit Kindern, Behinderte Kinder (dieser Teil folgt im Bulletin N° 109)

Am 20. November 1989 wurde in New York die Internationale Konvention der Vereinten Nationen über die Rechte des Kindes von der Generalversammlung verabschiedet. Zu diesem Anlass hatte das Familienministerium zu einem Seminar nach Mersch eingeladen mit der Absicht, die Meinung von den Leuten zu hören, die im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind. Die Familienministerin, Marie-Josée Jacobs konnte den ca. 50 Teilnehmern ankündigen, dass das Parlament das Gesetz über das „Ombudskomitee“ gestimmt und ihr Ministerium ein solches Komitee unter Vorsitz von Marie Anne Rodesch-Hengesch zusammengesetzt hat.

Als Referenten und Teilnehmer eines Rundtischgesprächs waren eingeladen (in der Reihenfolge ihres Auftretens): Ginette Krier, Lehrerin als Vertreterin der drei Scoutverbände, René Schlechter vom Kinder und Jugendtelefon, Valérie Dupong von der a.s.b.l. „Protection des Droits de l'Enfant“, Jo Trojan als Direktor des Wiltzer Lyzeums, Patrice Moes-Gretsch, Erzieherin beim Familienministerium, Patrick Theisen, Kinderarzt aus Esch-sur-Alzette, Sylvio Sagramola von Info-Handicap, Sophie Morang vom Radio 100,7, Alex Reuter, Professor am Lycée Hubert Clement in Esch-sur-Alzette, Denis Scuto, Professor für Geschichte und Gilbert Pregno von der Fondation Kannerschlass. Das Seminar wurde geleitet von Armand Wagner vom Familienministerium.

Ziel des Seminars war es laut Mill Majerus in seiner kurzen Ansprache, Impulse für die Um-

setzung der Kinderrechtskonvention für die nächsten Jahre zu erhalten. Ich dachte zunächst, dass es eine art schriftlichem Bericht über dieses Seminar geben würde, aber als ich vor einigen Monaten nachfragte, wurde dies verneint. Was schade ist, denn immerhin wurden einige interessante Aussagen gemacht. Deshalb habe ich mich entschlossen, meine schriftlichen Unterlagen auszuwerten und diesen Bericht zu schreiben, damit –außer einem kurzen Artikel im „Luxemburger Wort“ – wenigstens ein zweites schriftliches Zeugnis für die weitere Diskussion zur Verfügung steht.

Dies scheint mir umso wichtiger, als es im Moment keine Hinweise darüber gibt, was in Sachen Umsetzung der Konvention in den nächsten Jahren geschehen wird. Das Ministerium hat es bis jetzt nicht geschafft, einen Zeitplan mit konkreten Zielsetzungen zu erarbeiten. Sinnvoll in diesem Zusammenhang wäre ein Fünfjahresplan, der zeitlich mit den Berichtsperioden der Regierung vor dem Internationalen Kinderrechtskomitee in Genf übereinstimmt. Auch sonst ist das Ministerium nicht weiter bemüht, seine Verpflichtungen einzuhalten: Auf dem Weltkindergipfel in New York engagierten sich die Teilnehmerstaaten, innerhalb eines Jahres ein nationale und regionale Aktionspläne vorzulegen, die einige zeitlich gebundene und messbaren Ziele unter Mitarbeit von NGOs und Kindern festlegen sollten. Die Bilanz ist ernüchternd: Nach einem Jahr haben nur einige Länder (26) einen solchen Plan vorgelegt, die meisten haben angekündigt, sie würden es demnächst tun oder haben bestehende Aktionspläne angepasst (97) und die übrigen Länder (darunter Luxemburg) haben überhaupt nicht reagiert.¹ Anders in Deutschland. Neben einer guten Vorbereitung

¹ The UN Special Session on Children : A First Anniversary Report on Follow-up ; Global Movement for Children, www.gmfc.org